

# Hansestadt Rostock

## Bürgerschaft

### Einladung

---

#### **Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 15.01.2015, 17:00 Uhr

**Raum, Ort:** Beratungsraum E 31 (Kantine), Holbeinplatz 14, 18069 Rostock

---

#### **Tagesordnung**

##### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2014
- 4 Beschlussvorlagen
  - 4.1 Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde" **2014/BV/0339**
  - 4.2 1.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe" - Aufstellungsbeschluss **2014/BV/0491**
  - 4.3 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12.W.174 "Wohnen am Hürbaasweg" **2014/BV/5206**
- 5 Informationsvorlagen
  - 5.1 Erarbeitung eines Hafenentwicklungsplanes 2030 (HEP) für die Hansestadt Rostock **2014/IV/0373**
- 6 Verschiedenes
  - 6.1 Informationen
  - 6.2 Besichtigung der Verkehrssteuerzentrale im HdB

Andreas Engelmann  
Ausschussvorsitzender

<b>Beschlussvorlage</b>	Datum:	20.10.2014
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Bauamt Ortsamt Nordwest 1		
<b>Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde"</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
09.12.2014	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Diedrichshagen (1)	Vorberatung
06.01.2015	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
22.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Vorberatung	
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung

### Beschlussvorschlag:

Zur Sicherung der Planung wird für das Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 „Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen“ die bestehende Veränderungssperre um ein Jahr verlängert. Der § 4 Abs. 2 Satz 1 und 2 werden neu gefasst:  
„Die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von drei Jahren außer Kraft.  
Auf die Dreijahresfrist ist der seit der Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuches nach § 15 BauGB abgelaufene Zeitraum anzurechnen.“

Der als Anlage beigefügte Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Beschlussvorschriften:  
§ 22 Abs. 2 Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse: -

### Sachverhalt:

Die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen und die Errichtung von Ferienwohnungen vor allem in Bereichen, die durch Wohnnutzung geprägt sind, können eine geordnete städtebauliche Entwicklung eines Ortsteils insgesamt gefährden. Das Strukturkonzept Warnemünde hat die Notwendigkeit der Wahrung eines ausgewogenen Verhältnisses von Ferienwohnungen und Dauerwohnen zum Erhalt eines „urbanen Gleichgewichts“ herausgearbeitet. Bereits mit dem Strukturkonzept Warnemünde wurde anhand der Bestandserfassung dringender Handlungsbedarf festgestellt.

Zum Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde ist bis zur Rechtskraft eines Bebauungsplanes eine Veränderungssperre erlassen worden. Rechtlich besteht nach § 17 (1) BauGB die Möglichkeit, diese um ein Jahr zu verlängern. Das B-Planverfahren ist noch nicht abgeschlossen, so dass hier eine Verlängerung der Veränderungssperre notwendig ist.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine

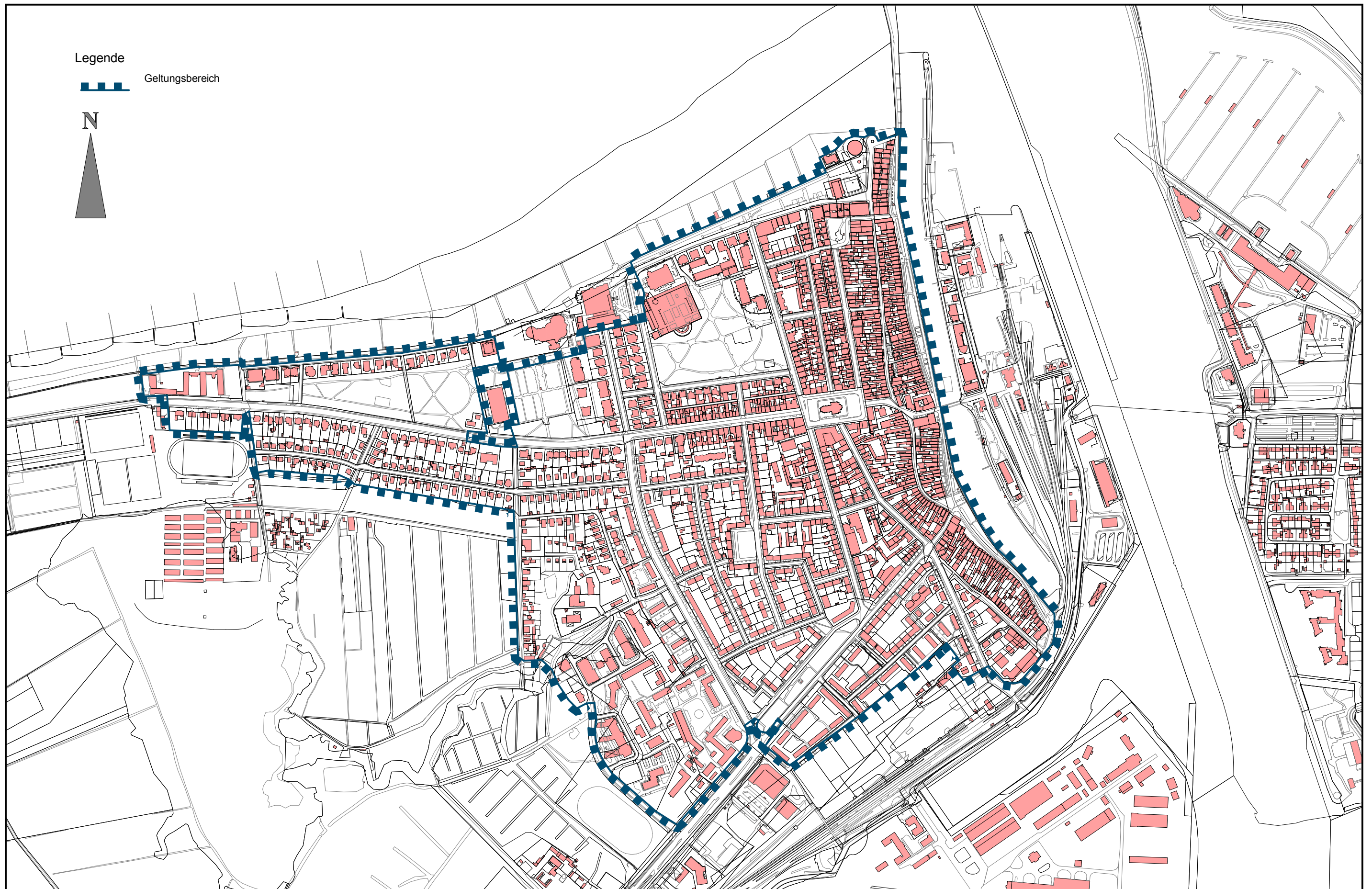
Bezug zum Haushaltssicherungskonzept:

kein

Roland Methling

**Anlage/n:**

Lageplan

**Hansestadt Rostock - Seebad Warnemünde****Anlage - Veränderungssperre zum Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen"**

<b>Beschlussvorlage</b>	Datum:	25.11.2014
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege Amt für Umweltschutz Bauamt Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt Ortsamt Mitte Tief- und Hafenbauamt Zentrale Steuerung		
<b>1.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe" - Aufstellungsbeschluss</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
06.01.2015	Ortsbeirat Brinckmansdorf (15)	Vorberatung
13.01.2015	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
15.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Vorberatung	
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Bebauungsplan Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe" soll im Bereich der Baugebiete WA 1.1 bis WA 1.6, der Gemeinbedarfsfläche „Bürgerhaus“ sowie der Wohngebietsfläche mit dem besonderen Nutzungszweck ‚Gastronomie / Information‘ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert werden.

Die Änderungsbereiche betreffen die unbebauten Flächen beidseitig der Wohngebietszufahrt R.-Tarnow-Straße sowie die unbebaute Fläche südwestlich der Wohnhäuser E.-Lindenberg-Str. Nr. 1 und Nr. 46 (vgl. Lageplan).

Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

1. Aufhebung der Nutzungsbeschränkung in der textlichen Festsetzung A3 (bisher Beschränkung der Erdgeschossnutzung entlang der Rudolf-Tarnow-Straße auf Läden, ausnahmsweise Dienstleistungseinrichtungen mit stärkerem Publikumsverkehr).
2. Reduzierung der Bauhöhenvorgabe C5 auf eine Mindesthöhe 9 m für Gebäude entlang des östlichen Wohngebietsrandes (WA 1.1 bis WA 1.3) einschließlich Anpassung der überbaubaren Grundstücksflächen (Baugrenzen).



3. Zulassung einer offenen Einfamilienhausbebauung in den Baugebieten WA 1.4 bis WA 1.6) und auf der Gemeinbedarfsfläche ‚Bürgerhaus‘ einschließlich Anpassung der Baugrenzen.
4. Zulassung einer Wohnbebauung auf der bisherigen Fläche für „Gastronomie / Information“ einschließlich Anpassung der Baugrenzen.

Beschlussvorschriften:

§ 22 Abs. 2 KV M-V

§ 2 Abs. 1 BauGB

bereits gefasste Beschlüsse:

keine

### **Sachverhalt:**

Nachdem die Bebauung des Gebietes „Brinckmanshöhe“ in den meisten Quartieren weitestgehend abgeschlossen ist, verbleiben die für eine 3- bis 4-geschossige Mehrfamilienhausbebauung (z.T. mit Geschäftsunterlagerung) vorgesehenen Bauflächen an der Wohngebietszufahrt beidseitig der Rudolf-Tarnow Straße sowie die für Gemeinbedarfs- bzw. Infrastrukturzwecke vorgesehenen Einzelstandorte (Rudolf-Tarnow-Straße/Ecke Albert-Schulz-Straße sowie Edith-Lindenberg-Straße) weiterhin ungenutzt. Die Ursachen hierfür liegen z.T. in besonderen Festsetzungen über die zulässige Nutzungsart und über die Bauhöhe, die eine nachfragegerechte und wirtschaftliche bauliche Nutzung dieser Flächen bislang erschweren.

Die benannten Bereiche mit einer Nettofläche von insgesamt 2,4 ha sind stadttechnisch und verkehrlich voll erschlossen und bilden damit eine nennenswerte Reserve für den privaten Wohnungsbaumarkt der Hansestadt Rostock. Unter der Voraussetzung einer Anpassung der Festsetzungen an den ungebrochen hohen Wohnbauland-Bedarf kann dieses Flächenpotenzial ohne zusätzliche Investitionen kurzfristig für den örtlichen Wohnungsbaumarkt verfügbar gemacht werden.

Für die ursprünglich beabsichtigte Ausstattung des Gebietes mit Ladengeschäften zur Nahversorgung der Bewohner sowie mit einem Bürgerhaus und einer gastronomischen Einrichtung konnten in den zurückliegenden Jahren keine Interessenten akquiriert werden. Ein Eigenengagement der Hansestadt Rostock ist ebenso wenig vorgesehen. Diese Infrastrukturausstattungen erweisen sich insoweit absehbar als nicht realisierbar, weil sie nicht von einer ausreichenden örtlichen Nachfrage getragen werden können und weil auch langfristig kein zusätzliches Nachfrage- bzw. Kundenpotenzial - etwa durch Erweiterung des Einzugsbereichs - generiert werden wird. Es wird deshalb empfohlen, diese Bauflächen im Wege der B-Planänderung einer allgemeinen Wohnnutzung zugänglich zu machen. Mit der geplanten Wohnbebauung am östlichen Rand des Wohngebietes soll auch Planungsvorsorgeaspekten zur Gewährleistung gesunder Wohnverhältnisse Rechnung getragen werden. Die Bebauung dazu wurde ursprünglich als Riegelbebauung mit einer Mindesthöhe von 12 m konzipiert, um für die westlich angrenzenden Areale eine Abschirmung gegenüber dem aus östlicher Richtung einwirkenden Verkehrslärm (BAB A19, Timmermannstraat, Hafenanschlussgleis) zu erzielen. Die WIRO GmbH hatte sich verpflichtet, eine solche „Lärmschutzbebauung“ zu realisieren.

In ergänzenden Schalltechnischen Untersuchungen (12/2011 und 08/2012) wurde die Wirkung der Riegelbebauung untersucht. Dabei war zu berücksichtigen, dass aufgrund veränderter Verkehrsströme auf der A 19 (Fertigstellung Warnowtunnel 2003) die tatsächliche Verkehrsmengenentwicklung und auch die aktualisierte Verkehrsmengenprognose 2020 (unter Einschluss der noch freien Flächen des benachbarten Gewerbegebietes) hinter der seinerzeit zugrunde gelegten Verkehrsmengenprognose 2010 zurück bleibt (Zählungen Straßenbauamt Schwerin, Tief- und Hafenbauamt Rostock). Hieraus ergeben sich Entscheidungsspielräume für eine Anpassung des Lärmschutzkonzeptes.

Am östlichen Rand der jetzigen Bebauung werden im Tagzeitraum die schalltechnischen Orientierungswerte auch ohne die geplanten Riegelbebauung eingehalten. Im Nachzeitraum wird die fehlende Riegelbebauung durch die geringeren Verkehrsbelegungen überwiegend kompensiert; die Orientierungswerte werden nachts jedoch mit und ohne Riegelbebauung überschritten.

Ziel der Planänderung ist es deshalb auch, den erforderlichen Schallschutz durch eine abschirmende Bebauung nunmehr zu erreichen, indem ein ohne Erschwernisse und zeitnah umsetzbares Baukonzept entwickelt wird.

Die angestrebte Planänderung soll im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung durchgeführt werden (§ 13a Baugesetzbuch). Eine schalltechnische Begutachtung und Abstimmung des veränderten Baukonzeptes ist gleichwohl vorgesehen. Der Aufstellungsbeschluss ist erforderlich als Ermächtigungsgrundlage der Verwaltung zur Veranlassung der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Planungsziele (§ 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB).

**Finanzielle Auswirkungen:**

Die Kosten der Planänderung (einschl. Artenschutzprüfung) werden von der WIRO GmbH als Antragstellerin und begünstigte Grundstückseigentümerin getragen; der HRO entstehen keine finanziellen Aufwendungen.

in Vertretung

Dr. Chris Müller  
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung  
und Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters

**Anlage/n:**  
Lageplan



Anlage zum Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans  
Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe"



<b>Beschlussvorlage</b>	Datum:	02.01.2014
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege Amt für Umweltschutz Bauamt Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt Ortsamt Mitte Stadtforstamt Tief- und Hafenbauamt		
<b>Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12.W.174 "Wohnen am Hürbaasweg"</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2014	Ortsbeirat Brinckmansdorf (15)	Vorberatung
06.01.2015	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
22.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Vorberatung	
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

1. Für das Gebiet entlang des Hürbaaswegs in Brinckmansdorf soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das Gebiet wird begrenzt:

**im Norden:** durch die Tessiner Straße,

**im Osten:** durch die Ostseite der Straße „Hürbaasweg“,

**im Süden:** durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 26/21, Flur 1, Gemarkung Kassebohm, südlich der ehem. Kaufhalle

**im Westen:** durch den Wald „Cramons Tannen“.

2. Der Bebauungsplan soll die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung folgender Planungsziele schaffen:

- Die Neuordnung und städtebauliche Aufwertung der ca. 1 ha großen Fläche insbesondere im Hinblick auf das Gelände der ehemaligen „Kaufhalle“ am Hürbaasweg, die seit vielen Jahren ihre ursprüngliche Funktion verloren hat.

- Die Wiedernutzbarmachung und Nachverdichtung von Flächen, die in den letzten Jahren durch Funktionsverlust gekennzeichnet waren, für den Wohnungsbau in offener Bauweise in den Hausformen Einzel- oder Doppelhaus, die die nähere Umgebung bereits prägen, bei weitestgehendem Schutz der erhaltenswerten Großbäume auf der Grundlage des Baumgutachtens v. 06.02.2013 der Sachverständigen „Forstservice & Gutachterbüro Dipl. Ing. (FH) Jana Sadlowski“.
  - Die städtebaulich klare Definition der Waldgrenze westlich des Hürbaaswegs einschließlich einer Waldumwandlung auf Flächen mit teils überalterten, das Wohnen gefährdenden Bäumen mit kompensierender Ersatzaufforstung der zu fällenden Bäume an geeigneter Stelle.
3. Da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB mit einer zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 m<sup>2</sup> handeln wird, ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.
4. Es wird ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erarbeitet werden und eine Waldumwandlung gemäß Landeswaldgesetz (LWaldG MV) einschließlich Ersatzaufforstung durchzuführen sein.

Der als Anlage beigefügte Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Beschlussvorschriften: § 22 Abs. 2 KV M-V  
§ 2 Abs. 1 BauGB

bereits gefasste Beschlüsse: keine

#### **Sachverhalt:**

Seit Jahren wurde die ehemalige Kaufhalle am Hürbaasweg nicht mehr ihrer ursprünglichen Funktion entsprechend genutzt und entwickelte sich mit der Zeit zum städtebaulichen Missstand. Das Gebäude wurde zuletzt nur noch als Archiv und Lager von dem privaten Eigentümer des Gebäudes vermietet.

Seitens der Landesforst MV gibt es nach mehrmaligen Begehungen eine erste Einschätzung des Baumzustands per Email an Amt 61 vom 09.12.2010, die von einem Gefährdungspotenzial der ca. 140-jährigen Rotbuchen für die bestehenden Wohnhäuser westlich des Hürbaaswegs ausgeht und aus Verkehrssicherheitsgründen am Rande des Wohnbestands eine Waldumwandlung unter Fällung gefährdender Bäume empfiehlt, sowie ein Baumgutachten vom 06.02.2013 der Sachverständigen „Forstservice & Gutachterbüro Dipl.-Ing. (FH) Jana Sadlowski“.

Die Fläche der ehemaligen Kaufhalle am Hürbaasweg soll nunmehr mit Hilfe der Aufstellung dieses Bebauungsplans einer Wiedernutzbarmachung im Sinne des § 13a BauGB durch kleinteilige Wohnhäuser zugeführt werden. Der die Eigenart der näheren Umgebung vorprägende Wohnbestand soll hierbei Maßstabs bildend für die Festsetzungen des Bebauungsplans wirken, so dass mit Einzel- oder Doppelhäusern in offener Bauweise zu rechnen ist. Hierbei soll der vorhandene gesunde Baumbestand so weit als möglich berücksichtigt und bewahrt werden.

Der Flächenumfang des Geltungsbereichs des Bebauungsplans beträgt insgesamt ca. 1 ha.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

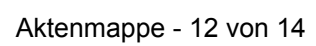
- Planungskosten einschließlich Aufwendungen für einen artenschutzrechtlichen Fachbeitrag
- Kosten für die Ersatzaufforstung im Rahmen der Waldumwandlung
- ggf. Erschließungskosten zur Verbreiterung der Straßenverkehrsfläche inkl. seitlicher Gehweg

Diese Kosten können erst nach erfolgtem Aufstellungsbeschluss im weiteren Verfahren dargestellt werden.

Kein Bezug zum aktuellen Haushaltssicherungskonzept.

Roland Methling

**Anlage/n:** Lageplan



<b>Informationsvorlage</b>	Datum: 29.10.2014	
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling	
	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege Amt für Umweltschutz Bauamt Büro des Oberbürgermeisters Hafen- und Seemannsamt Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt Ortsamt Mitte Ortsamt Nordwest 1 Ortsamt Ost Sitzungsdienst Tief- und Hafenbauamt Zentrale Steuerung	bet. Senator/-in:	
<b>Erarbeitung eines Hafenentwicklungsplanes 2030 (HEP) für die Hansestadt Rostock</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2014	Ortsbeirat Schmarl (7)	Kenntnisnahme
09.12.2014	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Diedrichshagen (1)	Kenntnisnahme
09.12.2014	Ortsbeirat Groß Klein (4)	Kenntnisnahme
10.12.2014	Ortsbeirat Markgrafenheide, Hohe Düne, Hinrichshagen, Wiethagen, Torfbrücke (2)	Kenntnisnahme
10.12.2014	Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt (11)	Kenntnisnahme
16.12.2014	Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof (19)	Kenntnisnahme
17.12.2014	Ortsbeirat Stadtmitte (14)	Kenntnisnahme
18.12.2014	Ortsbeirat Toitenwinkel (18)	Kenntnisnahme
06.01.2015	Bau- und Planungsausschuss	Kenntnisnahme
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Kenntnisnahme
15.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Kenntnisnahme	
28.01.2015	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

**Sachverhalt:**

Der bestehende „Hafenentwicklungsplan 2010/15 der Hansestadt Rostock“ (HEP), der im September 2006 erstellt und durch die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock im Januar 2007 zur Kenntnis genommen wurde, bedarf der Aktualisierung.

Der Hafenentwicklungsplan zeigt eine wahrscheinliche Entwicklungsperspektive zur Sicherung und zum Ausbau der derzeitigen Wettbewerbsposition des Hafenstandortes

Rostock auf. Der Planungszeitraum umfasst 15 Jahre, der Planungshorizont erstreckt sich bis zum Jahr 2030.

Der Hafenentwicklungsplan soll allen Beteiligten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft eine Informations- und Entscheidungsgrundlage bieten. Darüber hinaus soll die Fortschreibung des HEP 2030 die Akzeptanz für die Erfordernisse der Hafenentwicklung in der breiten Öffentlichkeit vertiefen.

Ziel am Ende des Prozesses muss es sein, einen HEP zu erhalten, der eine verlässliche Rahmenbedingung für strategische Entscheidungen potentieller Ansiedler darstellt und die erforderliche langfristige Planungssicherheit für die gesamte Rostocker Hafenwirtschaft gewährleistet und dazu von der Bürgerschaft zur Kenntnis genommen wird.

Im Rahmen des Prozesses der Flächenvorsorge für die Hafenentwicklung erstellte Planungen, so u.a. das „Regionale Flächenkonzept hafenaffine Wirtschaft Rostock“ (2011) sowie dessen Aktualisierung aus dem Jahre 2013 fließen in den Hafenentwicklungsplan ein. Der aktualisierte Hafenentwicklungsplan ist auch eine wesentliche zu berücksichtigende Fachplanung der Rostocker Hafenwirtschaft für die vom Regionalen Planungsverband Region Rostock veranlasste Vorrangprüfung der beiden Vorbehaltsgebiete „Rostock Seehafen West“ und „Rostock Seehafen Ost“, deren Ergebnisse 2016 erwartet werden, und für daraus resultierende Bauleitplanungen der Hansestadt Rostock für die Entwicklung der Hafenflächen.

Gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Hansestadt Rostock mit der Hafen-Entwicklungsgesellschaft Rostock mbH (HERO) ist letztere für die Erarbeitung und Fortschreibung der Hafenentwicklungsplanung der Rostocker Fracht- und Passagierhäfen zuständig (Überseehafen Rostock, Rostocker Fracht- und Fischereihäfen, Kreuzfahrtterminal Warnemünde).

Die Erarbeitung der nachstehend aufgeführten Bausteine des HEP 2030 erfolgt federführend durch die HERO, die eine Arbeitsgruppe der HRO regelmäßig über Inhalt und Fortgang der Arbeiten am HEP informiert:

- Anlass / Vorbemerkungen
- Hafen heute
  - Funktionen eines Hafens
  - Ist- Beschreibung Seehafen Rostock, RFH, WCC
- Hafen morgen
  - Trends / Entwicklungen
  - Prognosen 2030
  - Ableitung Infrastrukturbedarf
- Einordnung HEP in Regionalplanung / Landesplanung

Die betroffenen Ortsbeiräte und weitere Gremien der Bürgerschaft werden entsprechend der Erarbeitung des Plans informiert. Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt auch über das Rostocker Hafenforum.

Die Erstellung des Hafenentwicklungsplans 2030 ist für 2015/16 vorgesehen.

in Vertretung

Dr. Chris Müller

1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters und  
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung